

29.11.2022

Antrag

der Fraktion der AfD

Übersterblichkeit ernst nehmen, Gefahren für die Gesundheit erkennen und bekämpfen.

I. Ausgangslage

Exzess-Mortalität, umgangssprachlich auch Übersterblichkeit, beschreibt in der Demografie eine erhöhte Mortalität im Verhältnis zu empirischen Daten.

Im Oktober 2022 wurden in Deutschland laut einer Hochrechnung des Statistischen Bundesamtes (Destatis)¹ 92 954 Todesfälle registriert. Diese Zahl liegt 19 % oder 14 560 Fälle über dem mittleren Wert (Median) der Jahre 2018 bis 2021 für diesen Monat.² Jedoch wurde bereits seit Beginn des Jahres im Januar 2022 jeden Monat eine deutliche Übersterblichkeit im Vergleich zu dem mittleren Wert der Jahre 2018 bis 2021 registriert. Von Januar bis Oktober sind knapp 70.000 Menschen mehr gestorben, als statistisch zu erwarten gewesen wäre. Davon wurden allein knapp 15.000 Sterbefälle im Oktober 2022 registriert. Weiterhin geben die Zahlen des Robert Koch-Instituts (RKI) Auskunft darüber, dass die Zahlen der COVID-19 Todesfälle keinen direkten Einfluss auf die Übersterblichkeit haben; so geht aus den Daten hervor, dass in der KW 42 von 21.563 Todesfällen lediglich 939 auf COVID-19 zurückzuführen sein. Es handelt sich hierbei um ein Phänomen, welches in ganz Europa zu beobachten ist.³ Spanien, Portugal und Großbritannien melden ihrerseits ebenfalls ungewöhnlich hohe Todeszahlen.

Jedoch kann auch das Statistische Bundesamt dafür noch keine endgültigen Faktoren benennen, erste Ansätze beruhen lediglich auf Theorien. Diesbezüglich wird diskutiert, dass unzureichende Vorsorge während der Corona-Pandemie oder der Personalmangel in den Krankenhäusern die Zahlen in die Höhe treiben. Beispiele aus England und Wales stützen diese Theorien: Dort sei die Übersterblichkeit teilweise dadurch verursacht, „dass man weitaus länger als zehn Minuten auf einen Krankenwagen warten müsse. Und das habe mit der Überlastung des Krankenhaussystems zu tun, und damit indirekt mit der Corona-Pandemie.“⁴ Hinzu kommt ein allgemein verschlechterter Gesundheitszustand in der Gesamtbevölkerung. So haben viele Personen im Zuge der Coronapandemie und des Lockdowns wichtige Vorsorgeuntersuchungen verschoben oder gar nicht erst wahrgenommen. Ein Anfang August

¹ [Htt ps:// www . destatis. de/ DE / Presse / Pressemitteilungen/202 2 / 1 1 / PD22_480_126. html](https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2022/11/PD22_480_126.html); zuletzt abgerufen am 24.11.2022

² Ebd.

³ [Htt ps:// www . nature . com / articles / s415 6 2 – 0 2 2-01450-3](https://www.nature.com/articles/s41562-022-01450-3)

⁴ [Htt ps:// www. Br . de /nachrichten /wissen /uebersterblichkeit- das-sagen-experten-zur-hohen-sterberate,TNojPUO](https://www.br.de/nachrichten/wissen/uebersterblichkeit-das-sagen-experten-zur-hohen-sterberate,TNojPUO)

veröffentlichter Bericht der britischen Behörde für nationale Statistik ONS mit dem Titel „Direkte und indirekte gesundheitliche Auswirkungen von Covid-19 in England“ unterstützt diese These. Der Bericht hatte die Gesundheitsversorgung während der Pandemie zum Gegenstand. Im Ergebnis zeigt sich ein fataler Zusammenhang zwischen Lockdowns und Covid-Ansteckungsangst – und in der Folge ein drastischer Rückgang bei den Diagnosen aller übrigen Krankheitsbilder.⁵ Hinzu kommen Infektionen mit anderen Krankheiten wie der Influenza. Im Zuge der Lockdown-Politik blieben größere Grippe- respektive Krankheitswellen aus, da insbesondere die Hygiene und Abstandsregelungen Infektionsketten unterbrachen und sich somit weniger Menschen ansteckten.

Die Herausforderungen des Gesundheitssystems sind nicht mit der Corona-Pandemie verschwunden. Sei es der systemische Personalmangel, aufgeschobene Untersuchungen oder diverse Krankheitserreger wie der Grippevirus.

II. Der Landtag fordert die Landesregierung auf

1. eine Studie in Auftrag zu geben, welche sich mit der Übersterblichkeit in Nordrhein-Westfalen befasst, insbesondere vor dem Hintergrund, die Todesursachen im Hinblick auf die Folgen der Coronapolitik, wie Auswirkungen des Lockdowns, zu untersuchen;
2. in Zusammenarbeit mit den gesetzlichen Krankenkassen eine Erhebung durchzuführen, welche flächendeckend das Angebot der medizinischen Vorsorgeuntersuchungen evaluiert und Vakanzen in dessen Wahrnehmung lokalisiert;
3. eine bedarfsgerechte Bereitstellung von Mitteln für die Akteure des Gesundheitssystems zu schaffen, um medizinische Vorsorgeuntersuchungen verstärkt anbieten zu können und dafür zu werben;
4. die Versorgungssituation für Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen, insbesondere verschärft durch die Folgen der Lockdown-Politik, in Zusammenarbeit mit den Psychotherapeuten- respektive Ärztekammern zu evaluieren und zu verbessern;
5. Kindergesundheit als großen Verlierer der Pandemie wieder verstärkt in das Zentrum des politischen Handelns zu stellen.

Dr. Martin Vincentz
Andreas Keith

und Fraktion

⁵ <https://www.gov.uk/government/publications/direct-and-indirect-health-impacts-of-covid-19-in-england-emerging-omicron-impacts/direct-and-indirect-health-impacts-of-covid-19-in-england-emerging-omicron-impacts>